

Zum Arbeitsbesuch der Delegation des Haushaltskontrollausschusses des Europaparlaments in der Tschechischen Republik gestern und heute erklärte die EVP-Sprecherin des Ausschusses, **Inge Gräßle (CDU)**:

"Die EU-Kommission hat in Tschechien zu lange weggeschaut. Die Kontrollmechanismen dort bei der EU-Förderung sind ziemlich lückenhaft. Wir hatten den Eindruck, dass die Kontrollmöglichkeiten bewusst auf Unregelmäßigkeiten und Betrug angelegt sind. Regeln, die Wettbewerb sicherstellen sollen, sind umgangen worden, und Projektanträge sind im Sinne der Wunsch-Projektpartner bearbeitet worden. Dafür hat es Haftstrafen für zahlreiche Beteiligte gegeben.

Das tschechische Parlament sollte einen Untersuchungsausschuss einsetzen, der Licht ins Dunkel der Nutznießer der Management- und Kontrollsysteme bei EU-Fonds bringt. Der Oberste Rechnungshof in Tschechien muss auch die kommunalen Behörden prüfen können.

Die Delegation des Haushaltskontrollausschusses konnte sich ein Bild machen von unsinnigen oder sündhaft teuren Projekten. Zu ersteren gehört eine Zugbrücke in Kolin an der Elbe. Sie wurde noch niemals für eine Schiffspassage geöffnet. Zu letzteren gehört die Erweiterung der U-Bahn-Linie A in Prag, deren Kosten pro Kilometer doppelt so hoch liegen wie bei der U-Bahn in Hamburg.

Von den Plänen der tschechischen Behörden zur Verbesserung der öffentlichen Auftragsvergabe und der Einführung eines Kodex für die öffentliche Verwaltung haben wir Kenntnis genommen. Die Wirkung dieser Maßnahmen bleibt aber abzuwarten. Es gibt Interessenskonflikte, die bis auf die Ministerialebene hinauf gehen, die dringend gelöst werden müssen.

Die EU-Kommission muss auskunftsfreudiger werden, was Rückforderungen von EU-Mitteln angeht oder entsprechende Freistellungen. Zur Nachbereitung des Besuchs werde ich in Kürze einen detaillierten Fragebogen an die tschechischen Behörden schicken. Wir müssen wachsam bleiben. Schließlich geht es um das Geld der Steuerzahler, mit dem wir bestmöglich umgehen müssen."